

Nr. XIX. GP-NR
1995 -11- 16 2101 /J

ANFRAGE

der Abgeordneten Dolinschek, Meisinger und Kollegen
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend aufsichtsbehördliche Maßnahmen zur Verhinderung einer zweckwidrigen
Verwendung von Kammermitteln im Bereich der Arbeiterkammer

Nach herrschender Auffassung der Lehre und ständiger Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes gilt das Gesetzmäßigkeitsprinzip auch im Bereich der Selbstverwaltung. Das bedeutet, daß eine Befragung der Mitglieder über den Weiterbestand der Arbeiterkammer nur zulässig ist, wenn sie im Gesetz eine rechtliche Grundlage findet. Eine Befragung der Kammermitglieder über die Pflichtmitgliedschaft findet jedoch weder in der allgemeinen Aufgabenstellung der Arbeiterkammern noch in den besonderen Bestimmungen über den eigenen Wirkungsbereich der Arbeiterkammern eine gesetzliche Deckung.

Da eine gesetzliche Grundlage für die Abhaltung einer Mitgliederbefragung über den Bestand der Arbeiterkammer fehlt, dürfen dafür auch keine finanziellen Mittel der Kammer verwendet werden.

Wird von den Organen der Arbeiterkammer dennoch einen Beschluß zur Abhaltung einer Mitgliederbefragung gefaßt, so hätte die Aufsichtsbehörde einen solchen Beschluß oder eine solche Anordnung wegen Rechtswidrigkeit aufzuheben.

Vom Bundesminister für Arbeit und Soziales wurden jedoch bisher nichts unternommen, um die mißbräuchliche Verwendung von Kammermitteln zur Vorbereitung bzw. zur Durchführung dieser Mitgliederbefragung unterbinden.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Arbeit und Soziales nachstehende

A N F R A G E

- 1.) Ist Ihnen bekannt, daß die Arbeiterkammern beabsichtigen, eine Mitgliederbefragung über ihren Weiterbestand durchzuführen?
- 2.) Wie hoch werden die Kosten dieser Mitgliederbefragung für die Kammern voraussichtlich sein?
- 3.) Ist Ihnen der Inhalt des Rechtsgutachtens von Univ. Prof. Dr. Pernthaler über die Unzulässigkeit einer Mitgliederbefragung in der Arbeiterkammer bekannt?
- 4.) Teilen Sie die im genannten Gutachten vertretene Rechtsauffassung?
Wenn ja, inwiefern?
Wenn nein, warum nicht und auf welche Rechtsgutachten stützen Sie Ihre Auffassung?
- 5.) Welche Konsequenzen ergeben sich für Sie aus dem Gutachten hinsichtlich der Mitgliederbefragung über den Weiterbestand der Arbeiterkammern und der Verwendung von Kammermitteln für diese Befragung?
- 6.) Werden Sie konkrete aufsichtsratsbehördliche Maßnahmen ergreifen, um der Rechtsauffassung des genannten Gutachtens Geltung zu verschaffen?
Wenn ja, welche?
Wenn nein, warum nicht?